



bedient der Regierung, wenn es ihr gelänge, den Kurs der Staatsanleihen wieder in die Höhe zu bringen.

**Abg. Dr. Schifferer (Natl.):** Gegenüber der Konkurrenz der Warenmärkte muß das Kleinhandelsgerwerb auf den Weg der Selbsthilfe verwiesen werden. Die Kartelle erweisen sich vielfach als ein gefährliches Mittel unserer wirtschaftlichen Produktion; sie verhindern in Zeiten niedriger Konjunktur eine Preisveränderung der Waren und ein Eintreten der Preise. Wir wünschen einen verlässlichen Schutz der Arbeitswilligen im Rahmen der bestehenden Gesetze. Sie (zu den Sozial.) wollen eine Klassenpolitik nur im Interesse der Arbeiter. Wir wollen keine einseitige Klassenpolitik, sondern einen gerechten Ausgleich der Interessen aller Stände. (Beifall.)

**Abg. Hübner (Freiw.):** Die Regierung hat keine Unterlagen für ihre abflehende Haltung in Sachen der Einführung des zweiten Teils des Kaufgesetzes. Deshalb entstehen in den Kreisen der Bauhandwerker Zweifel, ob es der Regierung ernst ist mit ihren mittelständischen Forderungen.

**Minister Dr. Spahn:** Ich muß der Ansicht widersprechen, als ob es der Regierung nicht ernst sei mit ihren mittelständischen Forderungen. Ich habe getrennt nur auf die Schwierigkeiten der Einführung des zweiten Teils jenes Gesetzes hingewiesen, dessen Bedeutung vielfach übertrieben wird. Wir sind bemüht, das nötige Material zu sammeln und werden dann prüfen, ob es notwendig sein wird, den zweiten Teil des Gesetzes in dem einen oder anderem Besitze einzuführen.

**Abg. Karow (Opp. der Konf.):** Das Kleingewerbe muß gegen den Terrorismus der Sozialdemokraten geschützt werden. Die kleinen Geschäfte werden durch den Vorstoß der Sozialdemokratie so weit getrieben, daß sie sich dieser bedingungslos fügen. Der Kredit des Mittelstandes muß geschützt werden; namentlich in den freien Provinzen. Es gibt keine bessere Polizeipolitik, als wenn man das Handwerk in den kleinen Städten schützt.

**Minister Dr. Spahn:** Die Wünsche des Redneres werden wohlwollend geprüft werden. Wenn er meine, es scheint, als ob der Minister die nachgeordneten Behörden in Sachen des Submissionswesens nicht genügend in der Hand habe, so sind für diese Fragen insbesondere der Eisenbahn- und der Kriegsminister zuständig, und ich habe nicht den Eindruck, als ob diese zu den mit nachgeordneten Behörden gehören. (Geheurt.)

Hierauf wurde die Debatte geschlossen.

Zur Geschäftsordnung bemerkt

**Abg. Hübner (Soz.):** Nachdem mehrere Redner die Sozialdemokratie unangenehm angegriffen haben, wird Schluß gemacht. Anschließend ist das nicht.

**Abg. Hübner (Soz.):** Wegen dieser Beleidigung rufe ich Sie zur Ordnung.

Der Titel „Ministergehalt“ wurde bewilligt.

Beim Titel „Handels- und Gewerbeverwaltung“ erklärte auf eine Antrage des Abg. Dausmann (Natl.).

**Minister Dr. Spahn:** Durch die Abweisung der Kaliverke wird das Wasser verunreinigt, wodurch Landwirtschaft, Industrie und die Versorgung der Städte mit Trinkwasser gefährdet werden. Preußen allein kann hier nicht vorgehen. Es würde eine Vertiefung mit den Nachbarstaaten nötig sein, wenn nicht der Weg der Reichsregierung beschritten werden soll.

**Abg. Ehlers (Fortfhr. Sp.):** Die Fabrikinspektoren genügen im allgemeinen ihrer Aufgabe.

**Abg. Eisele (Soz.):** Wir stimmen der Einrichtung der Kantien für Schichtarbeiter zu.

**Abg. Dr. Wendland (Natl.):** Die Schichtarbeiter dürfen bei der Veranlassung der Schichtarbeit nicht schlechter gestellt werden.

Das Kapitel wurde bewilligt.

Die Denkschrift über die Neueinrichtung des Eidwesens wurde durch Kenntnisnahme für erledigt erklärt.

Darauf wurde die Weiterberatung auf Mittwoch 11 Uhr vertagt, außerdem Etat der direkten Steuern.

Schluß nach 4 Uhr.

## Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 27. Februar 1912.

Am Bundesratstag: Staatssekretär Dr. Delbrück und der Präsident des Reichsgesundheitsamtes Dr. Baum.

Präsident Dr. Kaempf eröffnete die Sitzung um 1 Uhr 30 Minuten.

Zunächst wurde ein schmerzlicher Antrag der Sozialdemokraten um Einstellung eines schwebenden Disziplinarverfahrens gegen den Abg. Dr. Viehnecht (Soz.) debattiert und angenommen.

Es folgte die dritte Lesung des Gesetzentwurfs betr. Ausführung des internationalen Abkommens zur Bekämpfung des Wadshandels.

**Abg. Dr. v. Vitz (Fortfhr. Sp.):** Mit der Vorlage sind wir durchaus einverstanden. In Artikel 3 des Übereinkommens scheint allerdings eine erhebliche Lücke vorhanden zu sein. Die Reichsregierung stellt auf dem Standpunkt, daß das Anwerben eines Wadshändlers zu unethischen Zwecken, also die Anwerbung für ein Bordell, strafbar sei. Unsere Literatur teilt diesen Standpunkt nicht; hier müßte Klarheit geschaffen werden.

**Direktor im Auswärtigen Amt Dr. Krieger:** Ich kann erklären, daß das Deutsche Reich seine Vertragsverpflichtungen in lokaler Weise erfüllen wird. Das Reichsjustizamt ist nicht der Meinung, daß in unserer Rechtsprechung eine Lücke vorhanden sei. Das Anwerben von Wadshändlern für derartige Zwecke ist strafbar, auch wenn die Vollendung der Überführung in ein Bordell nicht stattgefunden hat. Sollte sich ergeben, daß die Praxis einen anderen Standpunkt einnimmt, so werden wir alsbald dem Reichstag einen entsprechenden Gesetzentwurf vorlegen. (Beifall.)

Die Vorlage wird hierauf ohne weitere Debatte endgültig angenommen.

Der Handelsvertrag mit der Türkei wurde in dritter Lesung ohne Debatte angenommen.

Hierauf wurde die erste Beratung über ein Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz fortgesetzt.

**Abg. v. Liebert (Natl.):** Das Deutsche Reich hat, umal die deutsche Sprache die zweierbreiteste Weltprache ist, alle Länder, deren Volksgenossen fast an sich zu schließen, und dazu bietet die Vorlage eine geeignete Handhabe. Über einzelne Bestimmungen in der Kommission zu verhandeln sein. Zu begründen ist die weitestgehende Erleichterung der Bürgererwerbung der unmittelbaren Reichsangehörigkeit. Ohne Wegweisung keine Volksgemeinschaft! Bei dem Schutz des Reiches gehen wir, muß auch für die Wehrfähigkeit dieses Vaterlandes etwas tun. Die beiden vorliegenden Gesetzentwürfe sind geeignet, die Deutschen im Auslande fester an das Heimatland zu fetten.

**Abg. Herzog (Wirtsch. Pp.):** Das Gesetz kommt reichlich spät, aber das ist immer noch besser, als gar nicht. Im allgemeinen entspricht die Vorlage unseren Wünschen. Angenehm ist immer noch erheblichen Gebietsverlusten in Deutschland ist die Vorlage zu begründen. Inwieweit soll sie verhindern, daß unerwünschte Elemente, die nicht einbürgert sind, den Reiches Namen im Auslande zu vertreten, dem Reiches nützlich lange erhalten bleiben.

**Abg. Hansen (Dän.):** Der § 7 der Vorlage entfällt eine Unklarheit, die besonders in Nordfriesland schwer empfunden wird. Von den dortigen Gerichten werden hunderte von Personen als Preußen bezeichnet, von den Verwaltungsbehörden aber als Ausländer behandelt. Dieser Zustand sollte nicht verewigt werden. In das Gesetz müßte ferner eine Bestimmung darüber aufgenommen werden, daß auch in Deutschland geborene Kinder von Ausländern unter gewissen Bedingungen als Deutsche anzusehen seien. Diese Frage ist besonders in Nordfriesland sehr heftig und wichtiger. Deren anfanglich, die feinen Staaten gehören. Nicht nur die Deutschen im Auslande müssen besser gestellt werden, sondern auch die Ausländer müssen bei einer Behandlung Anteil werden, die eines mächtigen Volkes würdig ist. (Beifall links.)

**Abg. Landsberg (Soz.):** Es ist eine große Vortretung, daß Millionen von Deutschen durch das alte Gesetz dem Deutschen Reiches entzogen worden seien. Die so umfangreiche Entnationalisierung findet sich nicht in den Ländern, in denen man sich nicht in eine Konjunkturschiffel eintragen muß, um Staatsangehöriger zu bleiben. Wirtschaftliche Momente sind dafür ausschlaggebend. In Wöhrnen a. S. ist der Mann mit deutschen Namen wie Herold ein jenseitiger Bürger, das Gegenstück dazu bietet ein Wöhner (Geheurt). Wenn die Nichterfüllung der Militärpflicht den Verlust des Staatsbürgerrechts nach sich ziehen soll, so müssen auch die Landesverträter und Selbstverwalter gleichermäßen bestraft werden. Unverfänglich ist die Maßnahme gegenüber Krüppeln. Den Verlust der staatsbürgerlichen Rechte darf man nur eintreten lassen bei schwerer Verletzung der Wehrpflicht, und dann nur durch einen Rechtspoliz. Auf eins müssen wir aber achten: Wenn wir Ausländer als deutsche Staatsbürger aufnehmen wollen, dann nur fürwerlich und geistig vollständig einwandfreie Personen; mit minderwertigen sind wir im Auslande schon genug besetzt. Die Bestimmung, daß bei der Aufnahme eines Ausländers sämtliche Bundesstaaten mitzureden haben, können wir entschließen ob. (Beifall bei den Sozial.)

**Abg. Frey v. Nischlag (Natl.):** Wir haben alle Interesse daran, möglichst viele Deutsche im Auslande dem Vaterlande zu erhalten und deshalb begrüßen wir den Entwurf. Was die Frau durch die Heirat die Nationalität des Mannes erhält, halten wir für richtig. Die Behandlung von Ausländern ist immer eine Frage des Rates. Darauf sind auch die Schwierigkeiten in Nordfriesland zurückzuführen. Das alle Bundesstaaten bei der Naturalisierung eines Ausländers gehört werden müssen, halten wir für richtig. Bei der Aufnahme von Ausländern muß volle Toleranz geübt werden; das könnte auch im Gesetze ausdrücklich zum Ausdruck kommen. (Beifall.) Durch den Entwurf wird das Selbstbewußtsein der Deutschen im Auslande gehoben und das Nationalgefühl gestärkt werden. (Beifall.)

**Abg. Seyha (Pol.):** Die guten Grundzüge dieses Gesetzes sind allerorts anerkannt worden, ebenso aber auch die Verbesserungsbefürhtigkeit einzelner Bestimmungen. Wir sind der Meinung, daß alle diese Fragen nur in einer eingehenden Kommissionsberatung geklärt werden können.

Damit schloß die Debatte.

Der Gesetzentwurf wurde an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen.

Es folgte die erste Lesung des Schuttruppengesetzes.

Staatssekretär Dr. Engelke hat ein neues Reichs-Verordnungsamt vorgelegt werden beauftragt und Vorschriften, die heute schon in Übung sind, werden Gesetz. Das ist besonders der Fall hinsichtlich der Befugnis des Gouverneurs, Personen des Beurteilungsstandes zur Dienstleistung heranzuziehen. Wir wollen für Zeiten der Gefahr einen besonderen Beurteilungsstand für die Schutzgebiete schaffen. Die Vorschriften für die Handhabung der Kontrollverfammlungen sollen möglichst sich den speziellen Verhältnissen anpassen, dem Gouverneur wird deshalb ein weiter Spielraum eingeräumt. Die Järmer fallen dabei aus, weil nicht mehr die meisten der Schutzgebieten der Polizeitruppen. (Beifall.) Durch den Entwurf wird

**Abg. Hesse (Soz.):** Die gesetzliche Regelung entspricht den Wünschen des Hauses, namentlich denen der Budgetkommission. Die Vorlage ist ein neuer Beweis dafür, daß sich die Regierung immer noch nicht freimachen kann von Schematismen. Die Ansicht der Budgetkommission ging dahin, durch gezielte Regelung des Schuttruppenswesens eine Verabminderung der Kosten für die Unterhaltung der Schuttruppen zu erlangen. Das wird aber durch die Vorlage nicht erreicht. Unsere Zustimmung zur Vorlage wird abhängig sein von einer gründlichen Kommissionsberatung. (Beifall bei den Sozial.)

**Abg. Griesner (Dtl.):** So veranlasst, wird der Staatsrat für ein hinlänglich, ist der Vorlage nicht. Wir wollen erreichen, daß der Reichsausschuß abnehme und daß die Wirksamkeit ebenso ihr Gut und Mut für ihr Vaterland einsehen, wie die Deutschen im Heimatlande. Die Einrichtung der Kontrollverfammlungen schematisch auf die Schuttruppen zu übertragen, ist höchst bedenklich. Der Reichstag wird stehen über die enormen Kostenstellen.

Ein Gesetz hat geringen Wert, wenn die wesentlichen Punkte kaiserlicher Verordnungen vorbehalten werden. (Sehr richtig!) Dadurch begibt sich der Reichstag des Budgetrechts. Die Streitfrage, ob der Gouverneur der Kolonie oder derjenige der betreffenden Schuttruppe die obere Kommandogewalt inne hat, wird durch die Vorlage nicht beseitigt. Die Pensionierungen der Schuttruppenoffiziere wachsen in erschreckendem Maße und man ist vielfach der Meinung, daß dabei nicht der strenge Maßstab angewendet wird wie bei der Pensionierung von Zivilbeamten. Dahin gehören auch die Vorschriften über das Militärstrafverfahren. (Beifall.)

**Abg. Götting (Natl.):** Die Kolonien entwickeln sich hinsichtlich der Ausführung der eigenen Kosten sehr erfreulich. Ob es schon an der Zeit ist, die Schuttruppen zu vermindern, muß sorgfältig geprüft werden. Vor allen Dingen muß darauf gesehen werden, daß farbige Soldaten bei Anwerbung für unsere Schuttruppen niemals zur Bekleidung von Geschäften verwendet und daß sie nicht Neben als Vorposten eingesetzt werden. Mehrfache Bedenken werden uns nicht abhalten, aufgrund dieser Vorlage das Schuttruppengesetz zur Verabschiedung zu bringen, auch wenn uns zunächst noch finanzielle Opfer dadurch auferlegt werden.

**Abg. v. Wöhlenhoff-Röhl (Konf.):** Zu meiner Freude haben sich alle Vorkörner zu dem Grundgedanken des Gesetzes im allgemeinen wohlwollend geäußert. Die Vorlage will die volle Ausnutzung der in den Schutzgebieten vorhandenen Wehrkräfte herbeiführen und dazu ist eine Organisation des Wehrwesens, der Kontrollverhältnisse und der Erhaltungsfälle notwendig. Auch wir haben die Ansicht, daß die Vorlage in manchen Punkten noch einer Veränderung bedarf. Ich beantrage die Bewerfung des Entwurfs an die Budgetkommission.

**Abg. Dove (Fortfhr. Sp.):** Mit der Verweisung der Vorlage an die Budgetkommission sind auch wir einverstanden. Der Begriff der Kommandogewalt bezüglich der militärischen und bezüglich der staatsbürgerlichen Befugnisse bedarf allerdings einer genaueren Klärung in dieser Vorlage. Auch andere Punkte der Vorlage, die in dem Entwurf zum Teil nur flüchtig angedeutet sind, erfordern einen weiteren Ausbau.

**Abg. v. Liebert (Natl.):** Auch für uns besteht die Forderung, daß kein Bürger mit der Bekleidung von Wehrdiensten bestraft wird. Unsere Schuttruppen haben immer gute Disziplin und Mannesmut bewiesen, und es ist deshalb zu begrüßen, daß endlich die ganze Schuttruppentruppe geregelt werden soll.

**Staatssekretär Dr. Engelke:** Wir können mit dem Ausgange der Debatte wohl zufrieden sein. Die Anträge auf wesentliche Änderungen werden in der Kommission geprüft werden. Überall wo es irgend möglich ist, wird die Kolonialverwaltung gern nachgeben.

Damit schloß die Debatte. Die Vorlage ging an die Subkommissionen. Die nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr: Etat des Reichshaushalts des Amern.

Schluß 6 Uhr.

## Ausland.

### Der Vorschlag für das englische Heer

weist eine Steigerung der Ausgaben von 170 000 Pfund Sterling und eine Erhöhung des Mannschafstandes um 200 Mann für die Umgestaltung des Flugwesens an. Vergeben ist ferner die sofortige Errichtung einer gemeinsamen Heeres- und Marine-Schule in der Ebene von Salisbury. Außer den für diese Flugflüge bestimmten Flugzeugen soll eine bedeutende Zahl weiterer Flugzeuge als erster Anfang der Flugzeugausrüstung der Feldarmee angekauft werden.

### Spanien in Marokko.

Aus Madrid wird gemeldet, die spanische Regierung halte die französischen Vorschläge für die Grenzüberwachung in der Gidzone von Marokko für unannehmbar.

### Kreta.

Das Aetzerische Bureau meldet aus Athen: Die Konstantin überreichen der Regierung von Kreta am Montag eine Note, in der mitgeteilt wird, daß die Wünsche angeschlossen seien, den Status quo und die Kapitalisation aufrechtzuerhalten. Wenn die Regierung dabei beharre, Deputierte zu der griechischen Kammer nach Athen zu entsenden, oder wenn sie nur die gemeinsame Anstellung englischer oder amerikanischer auch weiterhin mitbestimmen sollte, würden die Mächte die Maßregeln ergreifen, die sie für nötig hielten, um den Folgen abzuwehren, die das Vorgehen der Aetzer trotz nach sich ziehen müßte. Wenn sich die Aetzer nicht regieren könnten, ohne den Frieden Europas zu gefährden, müßten sich die Aetzer in einer Art und Weise die den Wünschen der Aetzer nicht entsprechen würde. Zutreffend wurde die Note gerade am Montag überreicht, wo es infolge der Gerüchte dreier Mordanschläge zwischen Mordanschlägen und Bomben in einem Zusammenstoß gekommen war. Die britischen Kreuzer „Rancaster“ und „Minerva“ sind auf der Reise angekommen.

### Die Republik China und ihre künftige Verfassung.

Die Delegierten zur Beratung über die künftige Verfassung sind am Dienstag in Peking eingetroffen und werden heute, Mittwoch, ihre Beratungen beginnen. Die Sitzung wird von der Versammlung der Zusammenkunft der Abgeordneten der Provinzen der Provinz Szechuan und der Provinz Sichuan beauftragt werden. Es wird angenommen, daß die Delegierten Peking als Hauptstadt belassen werden. Nach einer Konstitutionsdebatte aus Peking hat Quantung die Zustimmung der Mittelung gemacht, daß eine internationale Konvention die Gewährung einer Anleihe in Höhe von 20 Millionen Taels angeboten habe. Er werde daher demnach 4 Millionen Taels nach Peking schicken, um die republikanischen Soldaten bezahlen zu lassen, die insgesamt 300 000 Mann zählen und eine nationale Gefahr darstellen, wenn sie nicht bezahlt und vorzüglich behandelt würden.

### China will Batavia bombardieren.

Eine chinesische Zeitung in San Francisco hat von dem Privatsekretär Dr. Suniaisen eine Depesche erhalten, in der es heißt, die chinesischen Kriegsschiffe würden Batavia bombardieren, wenn Holland keine Entschädigung für die Tötung der Chinesen durch die holländischen Soldaten in Soerabaya zahle.

### Juarez von den Auffständischen in Besitz genommen.

Nach einem Telegramm aus El Paso begannen die Auffständischen die Belagerung von Juarez am Dienstag vormittag um 10 Uhr. Der mexikanische Konsul in El Paso erklärte, eine Beratung amerikanischer Wehrkräfte erhalten, seinen Widerstand zu leisten und die Stadt den Auffständischen zu übergeben. Die Verteidiger der Stadt haben das Feuer nach wenigen Generalhaken eingestellt. Nach einem weiteren Telegramm aus El Paso haben die Auffständischen Juarez in Besitz genommen, nachdem sie nur einige Generalhaken abgegeben hatten, und ohne daß sie ihnen, abgesehen von vereinzelten Schüssen, Widerstand geleistet würde. Die Anjurten haben namentlich die städtischen Verwaltungsgebäude, das Zollhaus, die Baracken, das Gefängnis und die anderen öffentlichen Gebäude besetzt. Die amerikanischen Truppen schickten während des Kampfes Patrouillen an die Grenzen, die sich bereit hielten, in Juarez einzutreten, wenn El Paso gefährdet würde. Es ist indessen kein Gehör auf amerikanischen Boden niedergefallen. Nur ein einziger Amerikaner wurde verwundet. Die Anjurten haben sich verpflichtet, die Ordnung aufrechtzuerhalten und keine Plünderung zu begehen.

Das französische Budget genehmigt. Kammer und Senat in Frankreich haben gestern das Budget endgültig angenommen.

## Die Luftschiffahrt.

Bedenkliche Besuche des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten.

Wie uns mitgeteilt wird, auf Veranlassung des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten auf dem Flugplatz Johannisthal ein Apparat aufgestellt, dem man amtlich große Bedeutung beilegt, das es mit ihm zum ersten Mal möglich sein wird, sämtliche Pruden des Bundes, d. h. die Komponente des Druckes, auf feste Gegenstände einzuhandeln festzustellen.

Der Apparat, der selbständig die Einwirkungen aus Einwirkungen misst und registriert, ist herangezogen aus einem

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt

urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191202282-18/fragment/page=0002

DFG



